
Pressemitteilung



2. Oktober 2007

Dienstleistungswirtschaft fordert: Zeitarbeit fördern und nicht verunglimpfen

Der Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi) fordert von der Politik mehr Verantwortungsbewusstsein in der Debatte um die Zukunft der Zeitarbeit.

Zeitarbeitsunternehmen haben im laufenden Aufschwung den Großteil der neuen sozialversicherungspflichtigen Jobs geschaffen; 75 Prozent zu Beginn des Aufschwungs und im gesamten letzten Jahr 25 Prozent. Zeitarbeit dient neben der Bewältigung von Produktionsspitzen und Personalausfällen der Rekrutierung neuer Mitarbeiter. Mitarbeiter von Zeitarbeitsunternehmen werden nach einem Tarifvertrag entlohnt. Der Tarifvertrag wurde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt.

„Die laufende Diskussion zur Zeitarbeit in der Politik und in den Gewerkschaften führt an der Wirklichkeit vorbei. Zeitarbeitsunternehmen schaffen reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und eben keine prekären Jobs. Die Zeitarbeitsunternehmen werden sogar von der Bundesagentur für Arbeit für die gute Zusammenarbeit gelobt“, stellt BDWi-Präsident Werner Küsters klar.

„In der Debatte muss dringend zwischen Zeitarbeitsunternehmen, die viele Unternehmen als Kunden haben und Beschäftigungsgesellschaften, die ausschließlich der Ausgliederung von Personal durch einzelne große Unternehmen dienen, differenziert werden, dann bekommt die Sache Hand und Fuß“, so Küsters.

„Jetzt da in einigen Branchen das Personal bereits knapp wird, entstehen auch für nicht so gut qualifizierte Arbeitslose Beschäftigungschancen in der Zeitarbeit. Dieses gilt es – zum Beispiel mit der Zulassung der Zeitarbeit für das Bauhauptgewerbe – zu fördern, anstatt der Branche ständig Knüppel zwischen die Beine zu werfen“, fordert Küsters.

Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft – BDWi
Verantwortlich: Markus Guhl
Bundesgeschäftsstelle: Universitätsstraße 2-3a, 10117 Berlin
Tel.: 030/288807-0, Fax: -10 www.bdwi-online.de
